

**Bitte beachten Sie dazu die Informationen zu
visumpflichtigen Besuchsreisen in die
Bundesrepublik Deutschland auf unserer
Internetseite!!**

auf der nächsten Seite folgt nun das Formblatt

Antrag auf Verpflichtungserklärung mit Beiblatt

Antrag auf Verpflichtungserklärung

Gastgeber/in:		Ich, der/die Unterzeichnende	
Familiename, ggf. Geburtsname:			
Vorname/n:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit/en:			
Art und Nr. des Ausweis- dokumentes, ggf. Aufenthaltstitel:			
Wohnhaft (Anschrift):			
Beruf:		Arbeitgeber:	
Durchschnittlicher Monatsverdienst (netto):			
Angaben zum Gast:		verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde bzw. Auslandsvertretung, für	
Familiename, ggf. Geburtsname:			
Vorname/n:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:		Pass-Nr.:	
Wohnhaft (Anschrift):			
Verwandtschaftsbeziehung:			
Begleitender Ehegatte (Name, Vorname/n, Geburtsdatum, Geburtsort):			
Begleitende Kinder (jeweils Name, Vorname/n, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht)			
Beabsichtigte Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet (von – bis)			

nach § 68 Aufenthaltsgesetz die Kosten für den Lebensunterhalt und nach den §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Ausreise bzw. Abschiebung zu tragen.

Diese Verpflichtung umfaßt die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum und der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z.B. Arztbesuch, Medikamente, Krankenhausaufenthalt). Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Die vorliegende Verpflichtung umfaßt auch die Ausreisekosten (z.B. Flugticket) des/r o.g. Ausländers/in nach den §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes.

Ich wurde von der Ausländerbehörde hingewiesen auf den Umfang und die Dauer der Haftung, die Möglichkeit von Versicherungsschutz, die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme, sowie die Strafbarkeit z.B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben (§ 95 Aufenthaltsgesetz – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bestätige, zu dieser Verpflichtung aufgrund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein. Meine Angaben sowie der Umfang der eingegangenen Verpflichtung sind freiwillig.

Ich versichere, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben und gehe eine entsprechende Verpflichtung ein.

Datum und persönliche Unterschrift

Beiblatt zum Antrag auf Verpflichtungserklärung

Es erscheint Herr/Frau

Name, Vorname/n des Gastgebers:

zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung gemäß § 68 AufenthG und erklärt folgendes zur

Niederschrift:

Ich möchte folgende Person/en einladen und mich für eventuell entstehende Kosten verbürgen:

Name, Vorname/n des/r Besucher/in:

Zweck des Aufenthalts: (Bitte ankreuzen)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Besuch von Verwandten / Bekannten | <input type="checkbox"/> Einreise zum Sprachkurs / Studium |
| <input type="checkbox"/> Einreise zur Eheschließung | <input type="checkbox"/> Einreise zu sonstigem Zweck (bitte genau angeben): |
| <input type="checkbox"/> Familienzusammenführung | |

1. Ich wurde von der Ausländerbehörde über Umfang und Dauer meiner Verpflichtungserklärung aufgeklärt. Einen Auszug aus dem Aufenthaltsgesetz habe ich hierzu erhalten.
2. Ich habe den Inhalt der Verpflichtungserklärung verstanden.
3. Mir ist bekannt, dass ein **Widerruf** meiner Verpflichtungserklärung **nicht möglich** ist, es sei denn, eine Einreise des Gastes ist nicht erfolgt.
4. Ich werde dafür sorgen, dass mein Gast für den Aufenthalt im Bundesgebiet einen **ausreichenden Krankenversicherungsschutz** besitzt. Mir ist bekannt, dass ich die **Kosten einer Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit** zu tragen habe, wenn diese dennoch nicht voll gedeckt sind. (Ausnahme: Bürgerkriegsflüchtlinge).
5. Die Aufnahme einer **Erwerbstätigkeit während eines Besuchsaufenthalts ist nicht zulässig**.

Angaben zu den wirtschaftlichen Verhältnissen des Gastgebers: (Bitte ausfüllen)

Netto-Einkommen
Gastgeber/in

Zahl der unterhaltsberechtigten
Personen des/r Gastgebers/in:

Netto-Einkommen Ehegatte:

Miete für Wohnung bzw. evtl.
monatliche Darlehensrate:

Ich versichere, die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben, und gehe eine entsprechende Verpflichtung ein.

Ort, Datum

Unterschrift Gastgeber/in

Aufgenommen:

Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.
- Ausländerbehörde -

Kostenfestsetzung (Nicht vom Antragsteller auszufüllen)

Gebühr gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 12 Aufenthaltsverordnung:

€ 29,-- HÜL-Nr. _____/2017

Bonitätsprüfung erfolgt? ja nein
Bonität gegeben? ja nein

Hinweis zur Datenerhebung:

Die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und anderer ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderenen Gesetzes personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Aufgabenerfüllung nach den genannten Bestimmungen erforderlich ist (§ 86 Aufenthaltsgesetz). Die im Antrag auf Verpflichtungserklärung verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz und sind zur Ausstellung einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz erforderlich. Die je nach Einzelfall in Betracht kommenden weiteren Rechtsgrundlagen für die Datenerhebung können bei der Ausländerbehörde erfragt werden.